

Vorlage Nr. I/242/2018
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 1

Beteiligung des Magistrats Bremerhaven an der Ausschreibung 2018 "Koordination kommunaler Entwicklungspolitik" - Initiative zur Förderung einer Personalstelle zur Koordination und Umsetzung entwicklungspolitischen Engagements in Kommunen

A Problem

Nach einem breiten Beteiligungsprozess mit der Zivilgesellschaft in den beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven zur Erarbeitung entwicklungspolitischer Ziele, hat die Bremische Bürgerschaft im Jahr 2015 die entwicklungspolitischen Leitlinien für das Land Bremen beschlossen. Danach ist auch die Stadt Bremerhaven zu einem kohärenten entwicklungspolitischen Handeln im Sinne dieser Leitlinien verpflichtet.

Bisher gibt es verwaltungsseitig keine entwicklungspolitischen Aktivitäten der Stadt Bremerhaven. Aufgrund der prekären Haushaltslage der Stadt, war bislang ein eigenes Engagement in diesem Bereich nicht möglich. Vielmehr unterstützt die Stadt Bremerhaven bereits seit Jahren den zivilgesellschaftlichen Einsatz des Nord-Süd-Forums Bremerhaven in finanzieller und ideeller (Schirmherrschaft) Form.

Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung steht die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) als Service- und Beratungseinrichtung für kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland zur Verfügung. Um sich des Themas der kommunalen Entwicklungspolitik anzunehmen, hat sich die Stadt Bremerhaven in einem ersten Schritt bereits 2016 dem bei der SKEW kostenfrei angebotenen „Netzwerk Faire Beschaffung“ angeschlossen. Mit dem Netzwerk sollen Kommunen eine qualifizierte Unterstützung erhalten und den Erfahrungsaustausch untereinander intensivieren.

B Lösung

Um die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Stadt Bremerhaven verwaltungsseitig weiter auszubauen, wird vorgeschlagen einen Antrag zur „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“ bei der SKEW zu stellen.

Gefördert werden mit dem Antrag 90% der Gesamtausgaben (inkl. Personalkosten). 10% der Gesamtausgaben müssen von der Stadt Bremerhaven in Form von Eigen- und/oder Drittmitteln erbracht werden. Die maximale Laufzeit beträgt 24 Monate. Anträge die ab dem 01.01.2019 beginnen, müssen spätestens bis 16.11.2018 eingereicht sein.

Folgende Themengebiete können gefördert werden:

- Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung
- Fairer Handel und Faire Beschaffung
- Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene
- Partnerschaften mit Kommunen und Regionen aus Ländern des Globalen Südens

Die geförderten Projekte müssen zusätzlich sein, d. h. eine bereits bestehende Personalressource darf weder vollständig noch anteilig durch die Förderung ersetzt werden.

Das Dezernat I schlägt vor, sich an der Ausschreibung der SKEW „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“ zu beteiligen. Dabei soll der Schwerpunkt der geförderten Projekte auf den Themen Faire Beschaffung und Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung liegen. So soll die Hauptaufgabe des/der Koordinators/in sein, das Thema der fairen Beschaffung innerhalb der Verwaltung weiter voranzutreiben und auf städtische Gesellschaften auszuweiten. Zusätzlich sollen die globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDG´s) innerhalb der Kommunalverwaltung implementiert und der Austausch der Dezernate mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zum Thema Entwicklungspolitik ausgebaut werden.

Die befristete zusätzliche Personalstelle soll beim Personalamt/Abteilung Zentrale Angelegenheiten angesiedelt werden.

Der Ausschreibungstext „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“ - Initiative zur Förderung einer Personalstelle zur Koordination und Umsetzung entwicklungspolitischen Engagements in Kommunen - ist als Anlage 1 beigefügt.

C Alternativen

Es wird darauf verzichtet einen Antrag zur „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“ bei der SKEW zu stellen. Mit dem Ergebnis, dass es verwaltungsseitig aufgrund fehlender personeller und finanzieller Ressourcen auch weiterhin keine entwicklungspolitische Aktivitäten geben wird.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Im Rahmen der Projektbewilligung wird eine auf 24 Monate befristete zusätzliche Vollzeitstelle im Personalamt/Abteilung Zentrale Angelegenheiten geschaffen. Das Projekt startet im Jahr 2019.

Durch die 10%ige Kofinanzierung für 1 Stelle (Entgeltgruppe 11 TVöD) entstehen während der Projektlaufzeit voraussichtliche Mehrausgaben in Höhe von 7.339 Euro pro Jahr (Haushaltsjahre 2019 und 2020), die aus dem Amts- bzw. Ausschussbudget zu finanzieren sind.

Die Vorlage entfaltet klimaschutzzielrelevante Auswirkungen. Durch die Implementierung der globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDG´s) innerhalb der Stadt Bremerhaven und durch eine Ausweitung der fairen Beschaffung wird ein Beitrag zu mehr Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit geleistet.

Anhaltspunkte für eine Genderrelevanz bestehen nicht. Besondere Belange von ausländischen Mitbürgern, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils kann nicht festgestellt werden.

E Beteiligung / Abstimmung

Die Vorlage ist mit dem Personalamt abgestimmt. Zu gegebener Zeit ist bei der Stellenbesetzung das Mitbestimmungsverfahren durchzuführen.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine. Die Veröffentlichung im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes wird sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Um die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Stadt Bremerhaven verwaltungsseitig weiter auszubauen, beschließt der Magistrat einen Antrag zur „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“ bei der SKEW zu stellen.

Die entstehenden Personalmehrkosten sind aus dem Amts- bzw. Ausschussbudget zu finanzieren.

Der Magistrat bittet den Personal- und Organisationsausschuss um Anerkennung eines überplanmäßigen Bedarfes (EG 11 TVöD).

Grantz
Oberbürgermeister

Anlage 1: Ausschreibungstext "Koordination kommunaler Entwicklungspolitik"